

An



Katholische Elternschaft
Deutschlands e.V. (KED)
KED in NRW - Landesverband
Am Hofgarten 12
53113 Bonn

TEL.. 02 28 - 24266366
FAX 02 28 - 69 62 17

info@ked-nrw.de

17.01.2011

Stellungnahme zur „Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in den Gymnasien und Gesamtschulen“ (Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 15/134) in Verbindung mit „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Rücknahme des sog. ‚Turbo-Abiturs‘ G8 in der Sekundarstufe I“ (Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 15/135)

Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 09. Februar 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Katholische Elternschaft Deutschlands in NRW bedankt sich für die Möglichkeit, zum Antrag „Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in den Gymnasien und Gesamtschulen“ und zum Gesetzentwurf „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Rücknahme des sog. ‚Turbo-Abiturs‘ G8 in der Sekundarstufe I“ der Fraktion DIE LINKE ihre Stellungnahme abgeben zu können.

Die KED in NRW spricht sich sowohl gegen die hier angestrebte Rücknahme der Schulzeitverkürzung am Gymnasium („G8“) als auch gegen die angedachte Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in den Gymnasien und Gesamtschulen aus. Letztere bleibt im Antrag der Fraktion DIE LINKE lediglich eine Idee, deren Ausgestaltung eine Fülle von detaillierten Überlegungen für die dann notwendigen Umstrukturierungen und Reformen nach sich ziehen müsste.

Eine erneute, derartig fundamentale Umstellung zöge jedoch für alle Beteiligten eine unzumutbare Belastung nach sich. Unserer Überzeugung nach muss jetzt vorrangig dafür gesorgt werden, dass sich alle betroffenen Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer für längere Zeit auf konstante Rahmenbedingungen für einen optimalen Verlauf der individuellen Schullaufbahn verlassen können. Nachhaltige gute und verlässliche Arbeitsbedingungen, von

Kontinuität geprägt, sind dafür von zentraler Bedeutung. Unsere Gymnasien befinden sich momentan mitten im Prozess der Umstellung auf die 8-jährige Schulzeit und sind hier an einem Punkt angelangt, an welchem Lehrmaterialien, Lehrpläne, Unterrichtsverteilung (einschließlich Mittagspausen) etc. bereits weitgehend verändert wurden. Es ist nicht sinnvoll, diesen Prozess umkehren zu wollen. Denn für jede Schule bedeutet eine Rückkehr zu G9 immense organisatorische Hürden und daraus resultierende, unnötige Kosten.

Ein Zurück ist auch deswegen nicht anzustreben, weil G8 mittlerweile in fast allen Bundesländern umgesetzt wurde. Diese bildungspolitische Einheitlichkeit sollte nicht aufgegeben werden. Ein Wohnortwechsel über Landesgrenzen hinweg ist bereits jetzt für berufstätige Eltern mit Schulkindern eine belastende Hürde und sollte nicht noch weiter erschwert werden. Auch im internationalen Vergleich bleibt die umgesetzte Schulzeitverkürzung bis zum Abitur sinnvoll.

Um in der Begründung zum Gesetzentwurf angesprochene Probleme lösen zu können, müssen in erster Linie für folgende Aspekte sinnvolle Absprachen getroffen werden:

- Es muss Klarheit bei Lehrplänen und den Prüfungsordnungen geschaffen werden. So steht die angekündigte Reform der Oberstufe noch aus. Schülerinnen und Schüler, die jetzt in die Oberstufe eintreten und ihre Fächerwahl vornehmen sollen, müssen wissen, unter welchen Bedingungen ihr Abitur durchgeführt werden wird. Gerade die Lehrpläne der Stufe 10, jetzt Einführungsphase der Oberstufe, sind teilweise noch nicht angepasst.
- Zudem ist das Stundenvolumen der G8-Jahrgänge bis in die Jahrgangsstufe 12 hinein sehr umfangreich. Eine Konzentration auf die Prüfungsfächer im letzten Halbjahr ist daher nicht wie bisher möglich. Die Prüfungsinhalte oder der Umfang des abgefragten Wissens müssen deshalb kritisch durchgesehen werden.

Eine durchaus wünschenswerte Flexibilität und Individualisierung kann gerade G8 ermöglichen. Denn das „Pflichtprogramm Schule“ wird schneller absolviert und es ist so möglich, früher ein selbst gewähltes Studium und/oder eine berufliche Ausbildung/Weiterqualifizierung zu absolvieren und dabei individuelle Begabungsschwerpunkte zu berücksichtigen. Auf diese Weise kann sinnvoller den unterschiedlichen Lebensplanungen Rechnung getragen werden. Dieses sollte weiter bewusster ergänzt werden durch abgestimmte Möglichkeiten zur Förderung von vertikaler Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungs-/Qualifikationsabschlüssen der Berufswelt und dem Schul- bzw. Hochschulbereich.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Herbert Heermann

Vorsitzender der KED in NRW